

Tabak-Arbeiter

Nr. 34 / Bremen, den 23. August 1930

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatlicher Bezugspreis 40 \mathcal{A} ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 \mathcal{A} für die viergespaltene Millimeterzeile. Schluß der Redaktion u. der Anzeigenannahme Montag abend. Verantwortl. für den redaktionellen Teil Ferdinand Dahms, für den Anzeigenteil Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Hufung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. H. Schmalfeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 201, Telefon: Amt Domsheide 20780. Geld- und Einschreibsendungen an Johannes Krohn, Postfach 5349 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großverkaufsgesellschaft deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hufung, Bremen. Verbandsauschüßvorsitzender: L. Schöne, Hamburg, Beienbindehof 57, Zimmer Nr. 24

Sind wir parteipolitisch neutral?

Jedesmal, wenn Reichstagswahlen vor der Tür stehen und wir es als unsere gewerkschaftliche Pflicht betrachten, den Arbeiterinnen und Arbeitern der Tabakindustrie die Wahl von Sozialdemokraten zu empfehlen, erhebt die christliche „Tabakarbeiter-Zeitung“ gegen uns den Vorwurf, wir hätten die parteipolitische Neutralität verlehrt. So auch jetzt wieder. Wenn wir nun auch wissen, daß sie damit bei aufgeklärten Tabakarbeitern keinen Eindruck zu schinden vermag, so erscheint es uns doch angebracht, noch einmal mit aller Deutlichkeit zu betonen, daß der Deutsche Tabakarbeiter-Verband tatsächlich parteipolitisch neutral ist. Er verlangt von keinem seiner Mitglieder ein politisches Glaubensbekenntnis und in seinem Statut heißt es ausdrücklich, daß zur Mitgliedschaft alle in der Tabakbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen berechtigt sind, soweit sie das Statut und alle die aus demselben sich ergebenden Bestimmungen für sich als rechtsverbindlich anerkennen.

Damit kann und soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß wir uns bei Reichstagswahlen jeder Stellungnahme zu enthalten hätten. Nicht mit Unrecht hat die christliche „Tabakarbeiter-Zeitung“ im März 1928 geschrieben, daß die parteipolitische Neutralität der christlichen Gewerkschaften nicht gleichbedeutend sei mit politischer Teilnahmslosigkeit der Gewerkschaftsmitglieder. Auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus müsse erwartet werden, daß jedes Gewerkschaftsmitglied es mit seinen staatspolitischen Rechten und Pflichten ernst nimmt. Wer nicht mit zweierlei Maß messen will, muß das natürlich auch für die freien Gewerkschaften gelten lassen, und weil wir es mit der Erfüllung unserer staatsbürgerlichen Pflichten ernst nehmen, kommen wir zur Empfehlung der Sozialdemokratie, von der selbst die christliche „Tabakarbeiter-Zeitung“ sagen muß, daß noch nie eine politische Partei in Deutschland von ihrer Größe so verantwortlich am Staate, am Volke und damit auch an der Arbeiterschaft gehandelt hat, wie sie (die Sozialdemokratie). Dagegen glaubt die christliche „Tabakarbeiter-Zeitung“, sich für die bürgerlichen Parteien und damit auch für Nationalsozialisten und ausgesprochene Arbeiterfeinde vom Schlage Hugenbergs einsetzen zu müssen; denn grundsätzlich wendet sie sich nur gegen Sozialdemokraten und Kommunisten. Das ist der ganze Unterschied.

Aus welchen Gründen wir die Sozialdemokratische Partei im Reichstagswahlkampf unterstützen, ist an dieser Stelle wiederholt dargelegt worden, so daß uns nur noch zu erklären übrig bleibt, warum wir diese Unterstützung nicht auch anderen Parteien zuteil werden lassen können. Dabei scheiden die bürgerlichen Parteien von vornherein aus; denn sie wollen die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit all ihrer Ausbeutung und all ihren Ungerechtigkeiten Verewigen. Man kann von uns auch nicht verlangen, daß wir Parteien gegenüber neutral bleiben, die mit einer Regierung durch dick und dünn gehen, die selbst der Zentrumsabgeordnete und frühere Arbeitersekretär der katholischen Arbeitervereine in Köln, Peter Schlack, als die reaktionärste seit der Revolution bezeichnet hat. Und die Kommunisten?

Im vergangenen Reichstag hatte die Sozialdemokratische Partei 152 Abgeordnete, die Kommunisten 54, wozu noch ein „Versöhnler“ kam. Zusammen waren das 207 Mandate von insgesamt 491. Die Sozialdemokraten hatten also weniger als ein Drittel der Mandate, aber auch mit den Kommunisten zusammen waren sie immer noch in der Minderheit. Trotzdem hätten die 207 sozialdemokratischen und kommunistischen Abgeordneten im Reichstag einen gewaltigen Einfluß ausgeübt, wenn sie in geschlossener Front hätten aufmarschieren können. Das war aber höchst selten der Fall. Die Kommunisten richteten ihren Haupt-

angriff gegen die Sozialdemokratie, wovon selbstverständlich die bürgerliche Mehrheit den größten Nutzen hatte. Um das Schlimmste von der Arbeiterklasse abzuwenden, war deshalb die sozialdemokratische Fraktion in vielen Fällen genötigt, Kompromisse mit den bürgerlichen Mittelparteien abzuschließen. Sie konnte auf diese Weise selbstverständlich nicht ihr ganzes Programm durchsetzen, aber es war ihr doch möglich, Vorteile für die Arbeiterklasse zu erzielen oder Angriffe der besitzenden Klassen auf die Lebenshaltung des Proletariats abzuwehren. Wie hat sich nun die kommunistische Reichstagsfraktion bei wichtigen Entscheidungen verhalten?

Am 7. Juli 1927 stimmte sie gegen die Schaffung der Arbeitslosenversicherung. Die Sozialdemokraten hatten zwar erhebliche Bedenken gegen einzelne Bestimmungen des Gesetzes. Wenn sie trotzdem für das Gesetz im ganzen stimmten, so ließen sie sich von der Erwägung leiten, daß damit die bisherige Fürsorge für die Erwerbslosen, die Almosencharakter hatte, beseitigt und ihnen das gesetzliche Recht auf Unterstützung gegeben wurde. Als die Unternehmer im Sommer 1929 den ersten konzentrierten Angriff gegen die Arbeitslosenversicherung unternahmen, da spielten sich die Kommunisten, im Widerspruch mit ihrer Haltung im Jahre 1927, als die heftigsten Verteidiger dieses Gesetzes auf. Der Sozialdemokratie war es in scharfem Kampfe gelungen, die Verschlechterung der Leistungen abzumehren. Trotzdem stimmte die kommunistische Fraktion am 3. Oktober 1929 gegen die damalige Vorlage, die im wesentlichen die Arbeitslosenversicherung unangetastet gelassen hatte. Als sich dann Ende 1929 die Finanzlage des Reichs katastrophal verschlechtert hatte, galt es die Arbeitslosenversicherung materiell so zu sichern, daß der von den Unternehmern erneut geforderte Abbau der Leistungen verhindert wurde. Deshalb stimmte die Sozialdemokratie der Erhöhung der Beiträge um $\frac{1}{2}$ v. H., die zur Hälfte von den Unternehmern getragen wird, zu, die Kommunisten dagegen lehnten sie am 21. Dezember 1929 ab.

Im Spätherbst 1928 hatten die rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen die Eisenarbeiter ausgeperrt. Es kam alles darauf an, die wirtschaftliche Uebermacht der Unternehmer zu brechen und den ausgeperrten Hilfe zu bringen. Auf Veranlassung der Sozialdemokratie wurde damals den Ruhrarbeitern eine Reichsunterstützung gewährt, wodurch es gelang, den Anschlag der Schwerindustriellen abzuschlagen. Die kommunistische Fraktion hat am 17. November 1928 gegen die Unterstützung der Ausgesperrten aus Reichsmitteln gestimmt. Im Sommer 1928 war auf Antrag der damaligen Regierungsparteien, Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, durch die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums eine Senkung der Lohnsteuer herbeigeführt worden. Die kommunistische Fraktion stimmte am 12. Juli 1928 gegen diese Lohnsteuerlenkung. Nach der Annahme eines Gesetzes zum Wegfall der Mehlzwischenzölle im deutsch-französischen Handelsvertrag im Sommer 1929 war eine Entschließung des Zentrums auf Verwendung der Zollmehrereinnahmen zugunsten der Minderbemittelten, besonders der kinderreichen Familien, angenommen worden. Die Sozialdemokraten haben am 27. Juni 1929 für diese Entschließung gestimmt, die Kommunisten stimmten dagegen.

Am 27. November 1925 stimmten die Kommunisten gegen die Vereinbarungen von Locarno, die durch die gegenseitig garantierte Unverletzlichkeit der Grenzen den Friedenszustand zwischen Deutschland und seinen früheren Gegnern herstellten. Sie stimmten am 12. März 1930 gegen den Young-Plan, der für Deutschland gegenüber dem Dawes-Plan eine bedeutende Ermäßigung der Reparationszahlungen, ferner die Räumung der besetzten Gebiete und verschiedene andere Vorteile brachte. Am 17. Mai

1927 stimmten sie gegen die Verlängerung des Republiksschutzgesetzes, trotzdem dadurch die Rückkehr des früheren Kaisers nach Deutschland unmöglich gemacht worden war. Sie stimmten aber auch am 18. März 1930 gegen das neue Republiksschutzgesetz, das vor allem dazu bestimmt war, den Angriffen der Rechtsradikalen auf Personen des öffentlichen Lebens ein Ende zu machen und die Austragung der politischen Gegensätze in Deutschland in friedlichere Bahnen zu lenken.

Am 11. Dezember 1929 wurde ein Gesetz geschaffen, das eine Aufwertung der mittelalterlichen Standesherrnenansprüche von 10 v. H. vorsah, während das Reichsgericht in den meisten Fällen mit 85 bis 100 v. H. aufgewertet hatte. Wäre dies Gesetz nicht gekommen, so hätten die ehemaligen Standesherrnen acht- bis zehnmal soviel als heute erhalten. Die Kommunisten stimmten gegen das Gesetz. Am 18. März 1930 wurde ein Gesetz angenommen, das die Pensionsansprüche der Reichsminister regelte. Es macht dem Zustand ein Ende, daß ehemaligen Beamten die hohe Ministerpension gezahlt wird, auch wenn sie nur einen Monat im Amt waren. Die Kommunisten stimmten gegen das Gesetz. Die Kommunisten stimmten ferner am 28. Januar 1930 gegen das Zündholzmonopol, das dem Reich einen Kredit von 500 Millionen Mark garantierte, eine verhältnismäßig günstige Kontingentierung für die Genossenschaften enthielt und eine Mehrbelastung der Verbraucher vermied.

In allen diesen Fällen wäre das Ergebnis günstiger gewesen, wenn den bürgerlichen Parteien ein einheitlicher sozialistischer Block gegenübergestanden hätte. Wenn hierbei immerhin noch erträgliche Lösungen erzielt worden sind, so ist das der Arbeit der Sozialdemokraten zu danken. Die kommunistische Reichstagsfraktion aber hat in allen diesen Fällen mit ihren Abstimmungen den Versuch unternommen, auch diese erprobliche Tätigkeit der Sozialdemokratie zunichte zu machen. Sie hat damit die Richtigkeit der Ausführungen der scharfmacherischen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ bestätigt, daß die Kommunisten für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat solange ein wertvolles Werkzeug sind, als sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokraten wirken. Unter diesen Umständen kann die kommunistische Partei nicht verlangen, von den freien Gewerkschaften unterstützt zu werden. Außerdem verbietet auch die Selbstachtung den freien Gewerkschaften die Unterstützung einer Partei, von der sie Tag für Tag beschimpft und verleumdet werden.

Die organisierten Verbraucher als Wähler

Die Empörung der organisierten Verbraucher über die Mißhandlung, die ihnen durch die Gesetzgebung widerfahren ist, wird bei den bevorstehenden Wahlen ihren Ausdruck finden. Die Mißhandlungen werden den Stimmzettel als Waffe gegen ihre Bedrücker benutzen. Das ist nicht nur ihr gutes Recht, sondern eine durch den Selbsterhaltungstrieb ihnen auferlegte Pflicht. Genossenschaftspolitik zu treiben, d. h. zur Förderung des Erwerbs und der Wirtschaft ihrer Mitglieder eine den Genossenschaften günstige Gesetzgebung zu fördern und eine ungünstige abzuwehren, ist den organisierten Verbrauchern nicht verboten. Das Wahlrecht ist zudem ihr unveräußerliches Staatsbürgerrecht, über dessen Ausübung ihnen niemand Vorschriften zu machen hat. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die organisierten Verbraucher dieses Recht zur Wahrung ihrer Interessen und zum Schutze ihrer Wirtschaft gegen feindselige Elemente ausnutzen werden. Wir wissen, daß die Konsumgenossenschaftsbewegung um ihres Wesens, ihres Zieles willen, alle Verbraucher von der Ausnutzung durch die Privatwirtschaft zu befreien, dem Streit der politischen Parteien fernsteht, wir wissen, daß die Konsumvereine parteipolitisch neutral sind, ihres Zweckes wegen neutral sein müssen. Jedoch, sie wurden zum Gegenstand egoistischer Parteipolitik gemacht, wurden rückständigen Händlerinteressen preisgegeben, als man sie unter das bekannte steuerliche Ausnahmegesetz stellte, um ihre Erfolge zu mindern, ihren Fortschritt zu hemmen. Die Konsumvereine sind die Unternehmungen wirtschaftlicher Selbsthilfe ihrer Mitglieder. Wer die Konsumvereine unter Mißbrauch politischen Einflusses zu schädigen trachtet und wer jenes Treiben unterstützt, der lenkt naturgemäß die Aufmerksamkeit der organisierten Verbraucher auf sich und muß ihr Urteil hinnehmen, wenn es sich gegen sie richtet.

Wichtig: Reichstagswahlen 1930! Unter diesem Titel bringt der Verlag der Gemeinwirtschaft, Jena, eine wirkungsvolle Wahlschrift heraus, mit Beiträgen von Friedrich Güttler (Berlin), Hermann Fleißner (Dresden), Paul Bergmann (Hamburg), Paul Niebke (Köln) und Franz Feuerstein (Stuttgart). Die organisierten Verbraucher werden in der eindringlichsten Form aufgefordert, von ihrem Wahlrecht den richtigen Gebrauch zu machen. Diese Schrift ist sachlich sehr gut und leicht lesbar. Ihre stärkste Verbreitung ist lebhaft zu wünschen.

Die Beschäftigungsmöglichkeit hat sich verringert

Daß es so und nicht anders ist, zeigt sich bei einem Vergleich der Verhältniszahlen, die aus den statistischen Erhebungen des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes am Ende eines jeden Monats über die Lage des Arbeitsmarktes in der Tabakindustrie gewonnen werden. Von je 100 statistisch erfaßten Mitgliedern waren

	Arbeitslose	Kurzarbeiter	Vollarbeiter	Uebersarbeiter
Juni	18,40	20,36	58,46	2,78
Juli	19,01	26,72	51,42	2,85
	+ 0,61	+ 6,36	- 7,04	+ 0,07

Die Vollarbeiterzahlen sind demnach um rund 7 v. H. zurückgegangen, während die Kurzarbeiterzahlen um annähernd den gleichen Hundertsatz gestiegen sind. Im Monat Juli wurden 69 160 (15 134 männliche und 54 026 weibliche) Verbandsmitglieder, das sind rund 800 weniger als im Vormonat, statistisch erfaßt. Von diesen waren 13 145 (3146 männliche und 9999 weibliche) völlig arbeitslos, 18 481 (3371 männliche und 15 110 weibliche) mußten verkürzt arbeiten, 35 564 (8012 männliche und 27 552 weibliche) konnten ihre 48stündige Wochenarbeitszeit voll ausnutzen und 1970 (605 männliche und 1365 weibliche) arbeiteten darüber hinaus und zwar

	Männliche	Weibliche	Zusammen
bis zu 3 Stunden	309	643	952
von 4 bis 6 Stunden	265	658	923
mehr als 6 Stunden	31	64	95
Insgesamt	605	1365	1970

Verkürzt war die wöchentliche Arbeitszeit um			
	Männliche	Weibliche	Zusammen
1— 8 Stunden	1124	5727	6851
9—16 "	964	4751	5715
17—24 "	886	3786	4672
25 und mehr Stunden	397	846	1243
Insgesamt	3371	15110	18481

Um zu zeigen, wie sich die Lage des Arbeitsmarktes seit Ende Juni in den einzelnen Zweigen der Tabakindustrie verschoben hat, lassen wir nunmehr eine Zusammenstellung folgen, die über die eingetretenen Veränderungen Aufschluß gibt. Von je 100 statistisch erfaßten Verbandsmitgliedern waren in der

	Zigarren- branche	Zigaretten- branche	Kautaba- branche	Kaudtaba- und Schnupf- tabakbranche	
Arbeitslose	Juni	20,39	14,75	2,76	17,55
	Juli	18,57	21,67	2,95	23,44
	- 1,82	+ 6,92	+ 0,19	+ 5,89	
Kurzarbeiter	Juni	27,09	0,95	31,66	9,16
	Juli	27,34	25,12	31,46	21,61
	+ 0,25	+ 24,17	- 0,20	+ 12,45	
Vollarbeiter	Juni	49,48	82,54	65,58	66,33
	Juli	50,35	53,08	65,59	48,60
	+ 0,87	- 29,46	+ 0,01	- 17,73	
Uebersarbeiter	Juni	3,04	1,76	-	6,96
	Juli	3,74	0,13	-	6,35
	+ 0,70	- 1,63	-	- 0,61	

Beinahe unverändert ist demnach die Lage des Arbeitsmarktes in der Kautabakbranche geblieben. Auch die Beschäftigungsmöglichkeit in der Zigarrenbranche hat sich nur wenig gebessert. Dagegen ist sowohl in der Zigaretten- wie auch in der Kaudtatabakbranche eine merkliche Verschlechterung zu verzeichnen. Fast die Hälfte aller Arbeiterinnen und Arbeiter in diesen Branchen ist entweder arbeitslos oder muß verkürzt arbeiten.

Zum Schluß dann noch eine Uebersicht, aus der zu ersehen ist, wieviel arbeitslose, kurzarbeitende, vollarbeitende und uebersarbeitende Verbandsmitglieder in den einzelnen Zweigen der Tabakindustrie Ende Juli statistisch erfaßt wurden:

	Arbeitslose	Kurzarb.	Vollarb.	Uebersarb.	Zusammen
Zigarrenbranche	8 862	13 051	24 035	1 785	47 733
Zigarettenbranche	3 617	4 193	8 859	22	16 691
Kautabakbranche	64	682	1 422	-	2 168
Kaud- und Schnupf- tabakbranche	602	555	1 248	163	2 568
Insgesamt	13 145	18 481	35 564	1 970	69 160



Tabakgewerbe



Die Tabaksteuer im 1. Viertel des Rechnungsjahres 1930

Nachweisung des Steuerwerts der im 1. Viertel des Rechnungsjahres 1930 (1. April bis 30. Juni) gegen Entgelt verausgabten Tabaksteuerzeichen und der aus dem Steuerwert berechneten Menge der Erzeugnisse.

Zigarren		Berechnete Menge der Erzeugnisse	
Kleinverkaufspreis für das Stück	Steuerwert in Reichsmark	1000 Stück	v. S.
bis zu 2	866	217	0,0
zu 3	9 907	1 651	0,1
zu 4	48 769	6 096	0,3
zu 5	1 137 011	113 701	6,7
zu 6	1 414 964	117 914	7,0
zu 7	379 116	27 080	1,6
zu 8	1 491 392	93 212	5,5
zu 9	91 889	5 105	0,3
zu 10	10 475 114	523 756	31,0
zu 11	47 820	2 174	0,1
zu 12	1 411 382	58 808	3,5
zu 13	160 979	6 192	0,4
zu 14	42 233	1 508	0,1
zu 15	12 190 678	406 356	24,0
zu 16	111 666	3 490	0,2
zu 17	97 510	2 868	0,2
zu 18	114 004	3 167	0,2
zu 19	6 971	183	0,0
zu 20	8 486 203	212 155	12,6
zu 22	54 172	1 231	0,1
zu 25	2 593 182	51 864	3,1
zu 30	2 150 350	35 839	2,1
zu 35	90 249	1 289	0,1
zu 40	680 668	8 508	0,5
zu 45	11 810	131	0,0
zu 50	313 171	3 132	0,2
von über 50	224 544	1 424	0,1
43 836 620		1 689 051	100,0

Zigaretten		Berechnete Menge der Erzeugnisse	
Kleinverkaufspreis für das Stück	Steuerwert in Reichsmark	1000 Stück	v. S.
bis zu 2	170 415	25 820	0,3
zu 2½	112 737	13 665	0,2
zu 3	1 478 080	149 301	1,8
zu 4	27 490 643	2 082 624	24,7
zu 5	78 570 984	4 761 878	56,5
zu 6	24 967 105	1 260 965	15,0
zu 7	31 320	1 356	0,0
zu 8	2 542 885	96 321	1,2
zu 10	908 668	27 535	0,3
zu 12	48 043	1 213	0,0
zu 15	47 254	955	0,0
von über 15	27 179	301	0,0
136 395 313		8 421 934	100,0

Kautabak		Berechnete Menge der Erzeugnisse	
Kleinverkaufspreis für das Stück	Steuerwert in Reichsmark	1000 Stück	v. S.
bis zu 6	1 883	628	1,1
zu 10	1 107	221	0,4
zu 12	2 979	497	0,9
zu 15	190 634	25 418	45,0
zu 20	281 511	28 151	49,9
zu 25	9 363	749	1,3
von über 25	11 823	767	1,3
499 300		56 431	100,0

Zigarettenhüllen		Berechnete Menge der Erzeugnisse	
Steuerwert in Reichsmark	Berechnete Menge der Erzeugnisse	1000 Stück	v. S.
491 028		98 206	

An Zigarettentabak sind im 1. Viertel des Rechnungsjahres 9 720 177 Kilogramm in die Herstellungsbetriebe verbracht worden.

Feingeschmittener Rauchtobak

Kleinverkaufspreis für das Kilogramm	Steuerwert in Reichsmark	Berechnete Menge der Erzeugnisse Kilogramm	v. S.
bis zu 6	1 172	326	2,9
zu 8	7 033	1 465	12,9
zu 10	2 646	441	3,9
zu 12	1 936	269	2,4
zu 14	13 724	1 634	14,4
zu 16	3 636	379	3,3
zu 18	2 946	273	2,4
zu 20	24 685	2 057	18,1
zu 22	587	44	0,4
zu 24	21 275	1 477	13,0
zu 26 u. 28	1 499	96	0,9
zu 30	32 834	1 824	16,1
zu 32-40	16 241	711	6,3
zu 42-50	3 667	129	1,1
von über 50	17 836	214	1,9
151 717		11 339	100,0

Pfeifentabak		Berechnete Menge der Erzeugnisse	
Kleinverkaufspreis für das Kilogramm	Steuerwert in Reichsmark	Kilogramm	v. S.
bis zu 3	587 331	593 264	6,2
zu 4	746 705	565 686	5,9
zu 5	1 257 116	761 888	8,0
zu 6	4 648 734	2 347 845	24,5
zu 7	487 838	211 185	2,2
zu 8	7 540 214	2 856 142	29,8
zu 9	760 071	255 916	2,7
zu 10	4 293 391	1 301 028	13,6
zu 11	150 300	41 405	0,4
zu 12	1 631 226	411 926	4,3
von über 12	1 083 227	203 031	2,1
23 211 346		9 582 907	100,0

Schnupftabak		Berechnete Menge der Erzeugnisse	
Kleinverkaufspreis für das Kilogramm	Steuerwert in Reichsmark	Kilogramm	v. S.
bis zu 1	—	—	—
von über 1-2	275	1 375	0,3
von über 2-3	6 324	21 080	4,0
von über 3-4	69 347	173 368	33,2
von über 4-5	19 609	39 218	7,5
von über 5-6	2 6181	43 635	8,4
von über 6-7	112 400	160 571	30,8
von über 7-8	31 992	39 990	7,7
von über 8-9	12 143	13 492	2,6
von über 9-10	19 776	19 776	3,8
von über 10	10 499	8 731	1,7
308 546		521 236	100,0

Der Steuerwert aller im 1. Viertel des Rechnungsjahres 1930 verkauften Tabaksteuerzeichen beträgt 204 893 870 Reichsmark.

Rückständige und gestundete Tabaksteuern

Einer Uebersicht über die rückständigen Tabaksteuern, also Vanderolensteuer, Materialsteuer und Tabakerfahstoffabgabe, entnehmen wir folgende Angaben über den Stand am 1. April dieses Jahres. Bei einem Istaufkommen der letzten sechs Monate in Höhe von 472 535 000 RM, waren 3531 Rückstände im Betrage von 53 069 000 RM. vorhanden, das sind 11,2 v. S. des Istaufkommens. Von den rückständigen Beträgen waren in Höhe von 472 535 000 RM. waren 3531 Rückstände im 1 417 000 RM. aus Billigkeitsgründen erlassen und 2 415 000 RM. niedergeschlagen. Die nicht gestundeten, also reinen Rückstände betragen demnach 6,9 v. S., während der Bombhundertfuß bei den gesamten indirekten Steuern 4,1 ausmacht.

Die aus der Liquidation der Zigarettenfabrik Batfchari im Landes-Finanzamtsbezirk Karlsruhe entstandenen Tabaksteuer-rückstände in Höhe von 12½ Millionen Reichsmark sind noch nicht abgebucht. Von dieser Summe sind 11 Millionen Reichsmark gestundet. Am 1. Oktober 1929 wurden 4 Millionen Reichsmark als niedergeschlagen gemeldet.

Vom Tabakforschungsinstitut

Zum 8. August waren die neuen Mitglieder des Kuratoriums vom Tabakforschungsinstitut für das Deutsche Reich in Forchheim bei Karlsruhe zu einer Sitzung (ordentliche Jahresversammlung) nach Forchheim eingeladen. Die Tagesordnung war eine sehr reichhaltige und wichtige. Zunächst handelte es sich um die Berichterstattung über die Tätigkeit des Instituts für das Jahr 1929/30, sowie um den Arbeitsplan für das Tätigkeitsjahr 1930/31.

Herr Direktor Dr. König ergänzte noch mündlich den vorliegenden schriftlichen Bericht, welcher sich befaßte mit den Saatbeetversuchen, Saatbeetdüngung, Torf zum Saatbeet und Bekämpfung von Saatbeetkrankheiten. Redner berichtete außerdem über die Nikotin-, Beschattungs-, Bodenbedeckungs-, Krankheitsbekämpfungs-, Beregnungs- und Bewässerungs-, sowie Züchtungsversuche im Institut.

Die Bücherei ist wesentlich erweitert worden. Sie umfaßt jetzt etwa 2000 Schriften und 400 Patentschriften. Außer der ältesten gedruckten Tabakurkunde besitzt das Institut das älteste Tabakbuch und das älteste deutsche Tabakbuch, außer den bis jetzt bekannten deutschen Urkunden über Tabak sind vier weitere noch ältere Tabakurkunden vom Vorstand des Instituts gefunden worden.

Der allgemeine Beifall zum Geschäftsbericht und die dann einsetzende sachliche Diskussion bewiesen, daß man mit dem Geschäftsbericht für 1929/30 und Arbeitsplan für das Geschäftsjahr 1930/31 einverstanden war. Der Kassenbericht für 1929 ergab eine Ein- und Ausgabe von 83 623,02 M., der Voranschlag für 1930/31 83 746 M. Auch über diesen Bericht bestand Einmütigkeit.

Unter Punkt Verschiedenes wurde besonders betont, daß die praktischen Forschungen des Instituts Allgemeingut aller deutschen Tabakpflanzler werden müßten, denn nur dadurch werde dem Institut der beste Dienst erwiesen. Um dieses zu erreichen, sollen nicht nur Vorträge gehalten werden im engeren Kreise, sondern darüber hinaus in den einzelnen Tabakgemeinden, vor allen Dingen soll auch die in Betracht kommende Fachpresse mit entsprechenden Artikeln regelmäßig versorgt werden. Die Leitung des Instituts erklärte, noch mehr als bisher in diesem Sinne zu wirken.

Nachdem die Zigarrenproben aus selbstgezogenen Tabaken zur Zufriedenheit aller Anwesenden ausgefallen waren, fand noch eine Besichtigung mit mündlichen Erklärungen der ganzen Anlagen statt. Nach der eingehenden Besichtigung bestand die einmütige Meinung, daß ein großer Fortschritt seit der letzten Tagung eingetreten sei, der zu den besten Hoffnungen für die Zukunft Veranlassung gebe. Hoffentlich gelingt es bald, den deutschen Tabak in Qualität, Farbe und Verwendungsmöglichkeit so zu vervollkommen, daß er einen Vergleich mit dem ausländischen Tabak aushalten kann.

Hauptvertragsverhandlungen am 27. August

Den Leserinnen und Lesern dieses Blattes ist bekannt, daß die Verhandlungen, die notwendig sind, um den Versuch einer Verständigung über die Abänderungsanträge zum Hauptvertrag für die Zigarettenindustrie zu unternehmen, zunächst auf den 20. August festgesetzt worden waren. Wegen Verhinderung einiger Teilnehmer sollen die Verhandlungen nunmehr am 27. August stattfinden.

Bekanntmachungen

Am 23. August ist der 34. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

8. August: Burgdamm 300.—
9. Andernach 30.—, Braunsberg 150.—, Bünde 1331.65, Freistett 100.—, Gaislingen 70.—, Jastrow 100.—, Lauffen 100.—, Leipzig 700.—, Lorsch 200.—, Mainz 230.—, Mettern 70.—, Glotho 350.—, Bischofs-
werda 200.—
11. Danzig 150.—
12. Herford 250.—, Kaiserslautern 300.—, Jella 45.—
13. Trefurt 1000.—, Wintersdorf 500.—, Dresden 3000.—, Heidelberg 1000.—
14. Gießen 300.—, Heilbronn 1000.—, Destringen 200.—, Winsen 50.—, Neumarkt 100.—
15. Mühlhausen 400.—
16. Bremen 500.—

Bremen, den 19. August 1930.

J. Kohn.

Ausgeschlossen nach § 14 des Statuts

wurde in Hamburg-Altona der Zigarettenarbeiter Albert Schendel, geboren am 23. Juli 1903, eingetreten am 26. Februar 1927 (S. a 6212).

Gestorben sind:

Die Zigarrenarbeiterin Lina Meißel, 58 Jahre alt (Zahlstelle Schöned).

Am 9. August die Deckblattjurichterin Rosine Knöpfle, 65 Jahre alt (Zahlstelle Lauffen).

Am 9. August der Zigarrenarbeiter Paul Schwabe, 63 Jahre alt (Zahlstelle Magdeburg).

Am 13. August die Wickelmacherin Wilhelmine Borsdorf, 63 Jahre alt (Zahlstelle Kalbe).

Ehre ihrem Andenken!

LINDCAR
Jetzt auch Nähmaschinen!

LINDCAR-FAHRRADWERK AKTIENGESELLSCHAFT
BERLIN-LICHTENRADE

Unternehmen der freien Gewerkschaften
Lindcar-Fahrräder und Lindcar-Nähmaschinen
gegen kleinste Wochenraten, durch das Werk unsere
Niederlagen und alle Ortsausschüsse des A.D.G.B.

Unserem Kollegen

Hugo Hartmann

zu seinem 25jährigen Verbandsjubiläum nachträglich die besten Glückwünsche.

Prost Hugol!

Die Kollegen
der Zahlstelle Helmstedt

Man frage
den Arzt!



Atemnot?

Asthma, Bronchialkatarrh, Husten, Verschleimung und Herzschwäche behandelt wirksam die tausendfach bewährte wissenschaftlich anerkannte

Professor Kühn'sche Maske

Rapide Vermehrung der roten Blutkörperchen. Anreicherung der Lunge mit gesund strömendem Blut. Empfohlen von Ärzten, Professoren usw. Aufklär. Drucksachen kostenlos. Gesellschaft für med. Apparate, Berlin-Schlachtensee 123

Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschlossene 3 M, halbweiße 4 M, weiße 5 M, bessere 6 M, 7 M, daunenweiche 8 M, 10 M, beste Sorte 12 M, 14 M, weiße, ungeschlossene 7.50 M, 9.50 M, beste Sorte 11 M. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

Gummiwaren

Hygien. Artikel. Preis.
T 2 gratis. „Medicus“
Berlin SW 68, Alte
Jacobstraße 8

Gibt ausgelesene
„Tabak-Arbeiter“
an unorganisierte Kollegen
und Kolleginnen weiter!

Lernt in Kontinenten denken!

Die immer häufiger und immer heftiger wiederkehrenden Wirtschaftskrisen, die sich für die Arbeiterschaft der europäischen Länder durch Arbeitslosigkeit und Lohndruck äußern, sind neben anderen Ursachen auch in hohem Maße auf die ungeheure industrielle Entwicklung der asiatischen und pazifischen Länder zurückzuführen. Wenn schon die ersten Arbeiterschutzbestrebungen Robert Owens um die Wende des 18. Jahrhunderts bei den Unternehmern die Drohung auslösten, daß eine Erhöhung der Lebenshaltung und der sozialen Bedingungen der englischen Arbeiterschaft zu einer Auswanderung des englischen Kapitals nach Ländern führen müßte, in denen billiger produziert werden könnte, so hat sich gerade in diesen Tagen der großkapitalistischen Produktion gezeigt, daß der Wanderungsstrom der Arbeiterschaft sich nach Ländern mit besseren Arbeitsbedingungen ergießt, während das Kapital den umgekehrten Weg geht und sich dort zu betätigen sucht, wo die Lebenshaltung der breiten Masse eine billige Produktion und eine bessere Ausbeutung verheißt.

Schon um 1860 wanderte das britische Zutekapital von Schottland nach Indien aus, ohne Rücksicht auf das Schicksal der schottischen Arbeiter. Dies geschah nicht nur, weil Indien das Rohstoffland für Zute war, sondern auch deshalb, weil mit den ungeländeten und unerfahrenen einheimischen Arbeitskräften wesentlich billiger produziert werden konnte. Die schwindelerregende Entwicklung der Technik und der modernen kapitalistischen Produktion hat insbesondere in den asiatischen Ländern ihren Einzug gehalten und dort die Konkurrenz für die europäischen Mutterländer großgezogen. Wenn heute in Großbritannien hunderttausende Textilarbeiter arbeitslos sind, so haben sie dies ohne Zweifel der billigeren Konkurrenz ihrer indischen, chinesischen und japanischen Kollegen zu verdanken. Europa hat seine Vormachtstellung nicht zuletzt durch den Weltkrieg verloren. Es befindet sich nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich in schwierigen Abwehrkämpfen.

In Honolulu besteht ein „Pazifisches Institut“, das die Aufgabe hat, die Lebensverhältnisse der Völker am Stillen Ozean zu untersuchen, um ihre gegenseitigen Beziehungen zu verbessern zu können. Ein weiterer Beweis dafür, daß man die Länder am Stillen Ozean als ein Gebiet mit gemeinsamen Problemen betrachten muß, ist die „Panpazifische Union“, die vorwiegend eine politische Zusammenarbeit herbeizuführen bestrbt ist. Auch Moskau war gegenüber diesen Problemen nicht untätig und hat den „Panpazifischen Gewerkschaftskongress“ einberufen, der 1927 in Hankau und 1929 in Wladiwostok getagt hat und eine Reihe sozialpolitischer Forderungen aufstellte. Tatsächlich ist an

den Gestaden des Pazifischen Ozeans eine Welt entstanden, die dem Europäer fast fremd ist und deren Entwicklung doch die Lebenshaltung des Europäers in nachstehendem Maße beeinflusst. Gerade der Europäer ist geneigt zu glauben, daß die an den Küsten des pazifischen Ozeans ansässigen Völker, die alle Typen der Zivilisation von den primitivsten Völkern bis zu der hohen sozialen Ordnung Amerikas umfassen, keine gemeinsamen Probleme haben könnten. Aber hier zeigt sich, daß ein Ozean die Völker nicht nur trennt, sondern sie auch verbindet und sie mit der Entwicklung des modernen Verkehrs immer mehr verbindet als trennt.

Um die wachsende Bedeutung der Länder am Pazifischen Ozean zu erkennen, bedarf es nur eines Hinweises auf die rasche Entwicklung Japans, das in einem halben Jahrhundert von einem Volk von Ackerbauern in eine hochindustrialisierte Gemeinschaft umgewandelt wurde. Diese Entwicklung hat insbesondere seit 1914 einen phantastischen Aufschwung genommen. Im Jahre 1914 bestanden in Japan 5266 Erwerbungsunternehmen mit einem Kapital von 833 569 000 Yen; im Jahre 1927 betrug die Zahl der Erwerbungsunternehmen 13 717 mit einem Kapital von 4 543 569 000 Yen. Die Jahresproduktion ist von 1,3 Milliarden Yen im Jahre 1914 auf 5,9 Milliarden Yen im Jahre 1926 gestiegen. Der landwirtschaftliche Staat hat sich schrittweise in einen Handels- und Industriestaat verwandelt. Eine ähnliche Entwicklung vollzieht sich zum Teil in den großen Städten und Provinzen Chinas. Hier haben insbesondere die Baumwollindustrie, die Seidenerzeugung, die Delgewinnung, die Großmühlenbetriebe, die Kohlenindustrie, Teppichwebereien, Kunstseidenwebereien, Strickereien und ein eigener Handel sich entwickelt, die immer mehr zur Ausschaltung der europäischen Produktion führen. Auch die Vereinigten Staaten, Australien und Kanada haben in den letzten Jahrzehnten einen industriellen Aufschwung genommen, der hier als bekannt vorausgesetzt werden darf.

Diese Länder waren vor dem Kriege wichtige Absatzländer für europäische Erzeugnisse, während sie heute nicht nur den eigenen Bedarf an industriellen Erzeugnissen selbst zu decken vermögen, sondern darüber hinaus mit ihrem Produktionsüberschuß der europäischen Produktion auf anderen Absatzmärkten Konkurrenz machen. Eine Konkurrenz, die gefördert wird durch die Tatsache, daß diese Länder einen unendlichen Reichtum an Rohstoffen besitzen. Dazu kommen die anderen am Pazifik liegenden lateinamerikanischen Staaten Mexiko, Zentralamerika und Südamerika, die im Kreis der panpazifischen Wirtschaft eine bedeutende Rolle spielen. Tatsächlich sind die wirtschaftlichen

Fräulein Mutter

Sozialer Roman von Lydia Ruehl and

VI (Nachdruck verboten.)

Als Lore von der Bibliothek zurückkehrte und auf dem Heimweg begriffen war, fühlte sie mit einem Male eine Schwäche, die sie veranlaßte, sich an die Mauer zu lehnen. Dies wurde von Vorübergehenden bemerkt, die sich ihrer annahmen. Doch folgte dem Schwächeanfall eine längere Ohnmacht, so daß es zwei Frauen übernahmen, sie in einen Wagen zu setzen und nach dem nächsten Arzt zu bringen, der zugleich eine Privatklinik hielt.

Da die Ohnmacht anhielt, wurde Lore entkleidet und zu Bett gebracht. Nach vielen Bemühungen gelang es dem Arzt, die Leidende wieder zu sich zu bringen. Auf sein Befragen gab sie Auskunft über sich und ihre Verhältnisse, auch, daß sie augenblicklich geistig überanstrengt sei infolge der bevorstehenden Prüfung.

Der Arzt betrachtete sie aufmerksam, sein kundiges Auge täuschte ihn nicht. „Dennoch möchte ich Sie bitten, mir eine Untersuchung zu gestatten. Diese Ohnmachten dürfen sich nicht wiederholen, denn sie bedeuten eine empfindliche Schädigung Ihrer Konstitution.“

Lore willigte ein. Der Selbsterhaltungstrieb regte sich zu mächtig in ihr, als daß sie das Peinliche einer Untersuchung nicht in Kauf genommen hätte. — — —

Das Ergebnis derselben war geradezu niederschmetternd für sie. — Wie zu Stein erstarrt stand sie neben dem Schreibtisch des Arztes, die Zähne fest zusammengebissen, ihre Hände hielten die Stuhllehne umkrampft, daß sich die Spuren ihrer Nägel in das Holz eingruben — sie glich in dem Augenblick einer Medea —, vor ihrem geistigen Auge erstand jene Nacht, wo sie mit Rudolf die Motorausfahrt gemacht hatte. Zwischen dem Augenblick, wo er sie in wilder Leidenschaft geküßt — und dem Erwachen am anderen Morgen in ihrer gewohnten Umgebung war eine Lücke. So oft sie sich das Hirn zermartert, die Verbindung dieser beiden Pole zu finden, für den Zwischenraum etwas Greifbares zu fassen — nie war es ihr gelungen — jetzt war es da — der Arzt hatte es gefunden.

Dieser tröstete sie: „Das geht vorüber, Fräulein, er wird Sie doch heiraten.“ Sie erschien ihm unheimlich in ihrem starren Schmerz. Meistens mußte er sich in solchen Fällen auf einen ergiebigen Tränenausbruch gefaßt machen oder es geschah, daß man ihn kniefällig um seine Hilfe bat, eine Hilfe, die er manchmal gerne gewährt hätte, wenn er die Augen dieser Mädchen sah, in denen sich die ganze heiße Seelennot in einem einzigen Blick widerspiegelte, wenn er die Skala der Leiden ermaß, die eine illegitime Mutterschaft im Gefolge hat. — Er wußte nur zu gut, was den Mädchen bevorstand, ihnen — und dem Wesen, dem sie das Leben schenkten. Aber er durfte nicht. Das Gesetz verbot es. Aber leider vergaß es, die armen Verirrten zu schützen vor der Mißachtung, die ihrer wartete, es schützte nur die Früchte des ungezügelter Naturtriebes vor dem Fall — was aus dem Baum wurde, war gleichgültig, er konnte eingehen — wenn nur die Frucht erhalten blieb.

Beziehungen zwischen den pazifischen Ländern in raschem Wachstum begriffen. Nach einer australischen Statistik hat sich bei einer Vergleichen des durchschnittlichen Güterausstausches in den Jahren von 1905—1909 einerseits und in den Jahren 1923—1927 andererseits ergeben, daß Einfuhr und Ausfuhr aus und nach den pazifischen Ländern um 200 bzw. 131 Prozent zugenommen haben, während die Zunahme der Ein- und Ausfuhr aus oder nach anderen Ländern in gleichem Zeitraum nur um 38 bzw. 20 Prozent gestiegen ist.

Schon zeigen sich seit einigen Jahren in Asien und insbesondere in den Ländern am Stillen Ozean Erscheinungen, die auf die Entwicklung ihrer Industrie zurückgeführt werden müssen. Japans rasch aufstrebende Gewerkschaftsbewegung, deren zweckmäßige Entwicklung leider wiederholt von kommunistischen Spaltungen behindert wurde, ist schon seit längerer Zeit bestrebt, eine panasiatische Arbeiterkonferenz herbeizuführen, um mit den Gewerkschaften Indiens, Chinas und Indonesiens Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage der asiatischen Arbeiter zu beraten. Dieser Vorgang zeigt, wie weit die Industrialisierung dieser Länder schon fortgeschritten ist, in welchem Maße sich auch dort schon eine organisierte Arbeiterbewegung nach europäischem Muster notwendig macht.

Aus der oben geschilderten Entwicklung ergeben sich für die organisierte Arbeiterschaft Europas lebenswichtige Fragen. Soweit es sich um einen Verlust der europäischen Märkte handelt, muß durch die Förderung einer europäischen Zoll-Union eine Verbesserung der wirtschaftlichen und damit der sozialen Lage der Arbeiterschaft in Europa selbst herbeigeführt werden. Wo aber insbesondere der asiatische Arbeiter durch seine „verfluchte Bedürfnislosigkeit“ mittelbar oder unmittelbar als Lohndrücker auftritt, muß besonders der Internationale Gewerkschaftsbund, wie er sich heute schon erfolgreich betätigt, durch Zusammenarbeit und Förderung der Gewerkschaftsorganisationen in diesen Ländern bestrebt sein, die asiatischen Arbeiter auf eine soziale Stufe zu heben, die sie nicht mehr zum Lohndrücker werden läßt. Diese Aufgabe ist schwierig aber unerlässlich. Es darf als ein Erfolg der europäischen Arbeiterbewegung betrachtet werden, daß hier schon zahlreiche Schwierigkeiten durch die im Friedensvertrag vorgesehene und normierend von den Gewerkschaften geforderte „Internationale Organisation der Arbeit“ bekämpft werden.

Zweifellos haben die Genfer internationalen Arbeitsübereinkommen schon begonnen, eine internationale Angleichung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Die Angleichung wird in dem Maße vollständiger und wirksamer werden, indem es gelingt, maßgebende gewerkschaftliche Organisationen der asiatischen und pazifischen Völker zu schaffen. So groß die wirtschaftlichen Gegenätze auch scheinen mögen, für die Arbeiterschaft der Welt gibt es hier nur eine Solidarität der Klasse. Der weiße Unternehmer in Indien und China (das gleiche gilt auch für Afrika und Amerika) kennt dem weißen Arbeiter gegenüber keine Solidarität der Klasse. Er gibt seine Blutsgeossen dem Untergang preis, wenn er den farbigen Arbeiter billiger be-

kommt. Dies zeigt sich auch bei der Abwanderung der Industrie nach billigeren Produktionsgegenden. Es sei nur auf die Wanderung der wichtigsten amerikanischen Industriezweige nach den südlichen Provinzen mit der starken Negerarbeit hingewiesen. Dies zeigt sich auch in den großen Hafenstädten Europas, wo die weißen Seeleute einen harten Kampf um ihre Lebenshaltung führen müssen gegen die billige Konkurrenz der asiatischen und afrikanischen Seeleute.

Trotz aller scheinbaren Gegensätze und wirklichen Schwierigkeiten wird der europäische Gewerkschafter, dessen internationale Verbindungen sich in der Vergangenheit fast nur auf Europa beschränkten, lernen müssen, in höherem Maße als bisher angesichts dieser Entwicklung in Kontinenten zu denken.

Der Leistungsabbau in der Krankenversicherung

Nachdem wir in Nr. 32 des „Tabakarbeiter“ dargelegt haben, wie die Brüning-Regierung mit dem Artikel 48 gegen die Arbeitslosen zu Felde gezogen ist, lassen wir nunmehr einen Artikel folgen, der über das den Kranken zugesügte Unrecht Aufschluß gibt:

In der Krankenversicherung sind die Vorschläge des Regierungsentwurfs ohne wesentliche Änderungen zum Gesetz erhoben worden. Allerdings wurde dem Reichsratsbeschluß Rechnung getragen, wonach die Gebühr für den Krankenschein nicht 1 M, sondern 50 J betragen soll mit der Möglichkeit, durch die Säzung die Gebühr für Versicherte mit einem Grundlohn von nicht mehr als 4 M bis auf die Hälfte zu ermäßigen und für Versicherte mit einem Grundlohn von mehr als 7 M um die Hälfte zu erhöhen, ferner bei gleichzeitiger und gleichartiger Erkrankung mehrerer Familienmitglieder die Gebühr für den einzelnen Krankenschein auf 25 J festzusetzen. Bemerkenswert ist beim letzteren, daß bei Erkrankung von mehreren Familienmitgliedern die Herabsetzung nur bei gleichartiger Krankheit erfolgt. Die Regierung geht anscheinend davon aus, daß bei verschiedenartigen Erkrankungen, die gleichzeitig erfolgen, die Notlage der Familie geringer ist.

Für die Abnahme von Arznei, Heil- und Stärkungsmitteln hat der Versicherte 50 J, jedoch nicht mehr als die wirklichen Kosten zu zahlen und zwar für jedes Verordnungsblatt, unabhängig von der Zahl der in ihm aufgeführten Verordnungen. Es wird also in Zukunft sehr stark von der Größe des Rezeptformulars bzw. von der Fähigkeit des Arztes, in gedrängter Kürze mehrere Verordnungen auf einem Formular unterzubringen, abhängen, inwieweit der Erkrankte finanziell durch den Kauf von Medikamenten belastet wird.

Das Krankengeld ist auf die verschiedenste Weise beschnitten. Einmal ist die Wartezeit von 3 Tagen zwingend eingeführt; sodann ist der Beginn auf den 4. Tag der Arbeitsunfähigkeit (nicht mehr wie bisher auf den 4. Krankheitstag) festgelegt. Ganz neu

Als Lore am anderen Tage wieder in der Pension erschien, war Frau Doktor Strube hoch erfreut, daß sich der Zustand so schnell gebessert hatte. Sie befürchtete ein Nervenfieber oder so etwas ähnliches. Nur wunderte sie sich über den eigentümlich toten Blick und das Automatenhafte ihrer Bewegungen.

In Lores Zimmer stand ein Strauß Weilchen, Frau Doktor hatte die Frühlingsboten mit einem kleinen passenden Poem gespendet. Teilnahmslos ging Lore daran vorüber. Kein Wort des Dankes, kein Lächeln.

Lore war in diesen Tagen kaum fähig zu denken, zu lernen war ihr ganz unmöglich. „Wozu auch?“ frug sie sich. „Nun bin ich dasselbe, was meine Mutter gewesen ist“ — und dieser Gedanke versetzte sie in wilde Raserei.

Frau Doktor Strube widmete sich ihr mit anerkannter Fürsorge, fast freute sie sich, der Vater des Kindes würde sicher sorgen, und im Geiste sah sie sich bereits, wie sie aus dem zu erwartenden Erdenbürger einen Prinzen oder eine Prinzessin herauspuzen konnte, sie wollte schon Staat machen mit dem Kind. Um so mehr kränkte sie sich, daß sie den Namen des Vaters nicht wissen sollte. Trotzdem plagte sie die Neugier, als sie eines Tages Lore frug: „Was sagt er denn dazu?“

Lore sah sie erschrocken an. „Er — weiß es gar nicht,“ flüsterte sie.

„Was?! Nun jedenfalls werden Sie es ihm aber doch sagen?“ drang sie in Lore.

„Sagen?“ klang es in müder Resignation zurück.

„Aber natürlich, Kindchen! Natürlich! Und wenn es ihm keine Verhältnisse erlauben, heiratet er Sie vielleicht, das wäre hoch das Einfachste.“

Daran hatte Lore keinen Augenblick gedacht. Natürlich war das das Einfachste. Ja — das wollte sie auch. — Und wenn er sie kürzlich nicht angesehen — er wußte ja nicht, daß sie ein Recht auf ihn hatte. Nicht als Bittende würde sie vor ihm stehen, als eine mit vollem Recht Fordernde. Ein Hoffnungsstrahl belebte ihre matten Züge. Weshalb er ihr nur zürnte? Und wenn sie ihm nun das Geheimnis offenbaren würde — bei dieser Perspektive umspielte ein weiches Lächeln ihren Mund. In dieser Nacht fand sie zum ersten Male seit jenem schrecklichen Tag den wohlthätigen Schlaf — aber schon beim Erwachen türmte sich das alte Leid haushoch auf. Wie sollte sie Rudolf finden — er war verzogen. Ob Minna ihr wohl Auskunft geben konnte? Diese Dienstboten wissen bekanntlich die Chronik der ganzen Straße, in der sie jeweils haufen. Doch verwarf sie diesen Weg und beschloß, auf dem Einwohnermeldeamt nachzufragen. Das war das Einfachste und diskret zugleich.

Am Vormittag des nächsten Tages sprach sie dort vor und erfuhr, daß Rudolf von der Lindenstraße nach Hansteins Garten 6 verzogen war. Gehobenen Mutes begab sie sich dorthin. Auf ihr Klingeln öffnete ihr Merkel, der sie sofort erkannte. Die Freundlichkeit dieses Menschen, die Vertraulichkeit, die er ihr gegenüber an den Tag legte, verletzete sie.

„Ich bitte, mich Herrn Wallner zu melden — Linden ist mein Name,“ befahl sie.

„Das ist augenblicklich nicht angängig, mein Fräulein — vielleicht kann ich es bestellen? Wollen Sie sich mit ihm treffen?“

Diese unverschämte Frage trieb ihr das Blut ins Gesicht. Mit bebender Stimme sagte sie: „Melden Sie mich auf der Stelle!“ und wandte ihm den Rücken.

ist eine Bestimmung, wonach im Falle, daß die Arbeitsunfähigkeit an einem Sonntag oder an einem staatlich allgemein anerkannten Feiertag endet, dieser Tag für das Krankengeld nicht mehr mitgezählt werden darf. Entsprechend dem Vorschlag des Regierungsentwurfs ist bestimmt worden, daß der Anspruch auf Kranken- und Hausgeld ruht, wenn und soweit der Versicherte während der Krankheit Arbeitsentgelt erhält. Damit ist also insbesondere für die Angestellten eine grundsätzliche Veränderung der bisherigen Rechtslage geschaffen worden, die sich praktisch sicher nicht zuletzt dahin auswirken wird, daß die Arbeitgeber die Gehaltszahlung für Zeiten der Krankheit abdingen werden, da sie ja doch dem Angestellten nur noch zu geringem Teil zugute kommt. Die durch diese Bestimmung geschaffene Entlastung wird also viel weniger eine Entlastung der Kassen, als eine Entlastung der Betriebe darstellen. Als Ausgleich für diese außerordentliche Verkürzung soll die Satzung entweder die Beiträge für derartige Versicherte entsprechend senken, oder das Krankengeld nach Wegfall des Arbeitsentgelts auf 60 v. H. des Grundlohnes erhöhen. Im allgemeinen soll dagegen das Krankengeld für Versicherte ohne Angehörige auf 50 v. H. des Grundlohnes beschränkt bleiben und nur für Angehörige des Versicherten, die von ihm bisher ganz oder überwiegend unterhalten worden sind und mit ihm in häuslicher Gemeinschaft leben, sollen die Zuschläge in Höhe von höchstens 10 v. H. für den Ehegatten und höchstens 5 v. H. für jeden sonstigen Angehörigen zulässig sein. Die Satzung kann das Krankengeld von der 7. Woche der Arbeitsunfähigkeit an bis auf 60 v. H. des Grundlohnes erhöhen, sie kann die Erhöhung auf die unteren Lohnstufen beschränken. Der Gesamtbetrag von Krankengeld und Zuschlag darf drei Viertel des Grundlohnes nicht übersteigen.

Das Hausgeld darf durch die Satzung nur für Versicherte mit mehr als einem Angehörigen durch Zuschläge erhöht werden, die für jeden weiteren Angehörigen 5 v. H. und insgesamt mit dem Hausgeld das satzungsmäßige Krankengeld nicht übersteigen dürfen. Dieses gilt auch dann, wenn die Kasse den Versicherten in einem Genesungs-, Erholungs- oder Kurheim unterbringt.

Das Sterbegeld wird nach dem Grundlohn bemessen, der zuletzt für die Berechnung des Krankengeldes maßgebend gewesen ist und zwar auch für Weiterversicherte.

Die Familienhilfe ist obligatorisch eingeführt und zwar für Ehegatten und unterhaltsberechtigende Kinder von Versicherten, die innerhalb der letzten 6 Monate mindestens 3 Monate auf Grund eines Reichsgesetzes für den Fall der Krankheit versichert waren. Die Angehörigen erhalten die Familienhilfe nur dann, wenn sie sich gewöhnlich im Inlande aufhalten und nicht anderweit einen gesetzlichen Anspruch auf Krankenpflege haben. Die Dauer der Familienhilfe ist auf 13 Wochen ärztliche Behandlung begrenzt. Von den Kosten für Arznei und kleineren Heilmitteln wird die Hälfte erstattet. Selbstverständlich haben auch die Familienmitglieder die Gebühr für den Krankenschein zu zahlen. Die Satzung kann die Dauer der Familienkrankenpflege bis auf 26 Wochen erweitern und sie auf sonstige Angehörige erstrecken,

Nun hätte Merkel nicht der Diener seines Herrn sein müssen. Er hatte sofort Witterung für ein Schändälchen, das er ihm zwar gönnte, dessen Ausbruch zu verhüten ihm jedoch ungleich wichtiger und namentlich für ihn selbst vorteilhafter schien. „Ja, mein schönes Fräulein, gewiß will ich Sie melden. Aber dazu gehören doch zwei. Und Herr Wallner glänzt augenblicklich durch Abwesenheit.“

„Weshalb sagen Sie das nicht gleich? Wann kommt er zurück?“

Uchselzuckend erwiderte er: „Bedaure! Das kann ich nicht wissen. Er ist wahrscheinlich draußen in Wehrstedt. Sowie er zurückkommt, kann ich Ihnen ja eine Karte schreiben. Ich will Ihnen gern behilflich sein.“

Lore maß den Recken mit einem verächtlichen Blick. „Die Korrespondenz überlassen Sie nur Herrn Wallner. Es genügt, wenn Sie ihm sagen, daß ich hier war,“ und langsam verließ sie das Haus. Besonders ermutigend war dieser erste Versuch nicht. Aber sie durfte nicht erlahmen. Es stand ja alles auf dem Spiel — ihr Ruf, ihre Existenz.

Ein paar Tage vergingen, ohne daß Rudolf etwas von sich hören ließ. — Vielleicht war sie dem Diener gegenüber zu maßlos gewesen und er rächte sich dafür, indem er seinem Herrn den Besuch nicht meldete. — Sie konnte ja nicht wissen, daß letzterer Befehl gegeben, sie nicht vorzulassen. Und diesen Befehl wiederholte er nach Lores Versuch, ihn zu sprechen, denn er hatte alles mit angehört, kein Wort war ihm entgangen. Im Begriff, nach dem Badezimmer zu gehen, hatte er Wortwechsel gehört und Lores Stimme erkannt. Als ihm Merkel nach ihrem Weggange schadenfroh Mitteilung von dem Vorgange machen wollte,

die mit dem Versicherten in häuslicher Gemeinschaft leben, ~~wird~~ ihm ganz oder überwiegend unterhalten werden und sich im Inlande aufhalten. Sie kann bestimmen, daß für Kinder über einer bestimmten Altersgrenze ein Anspruch nicht besteht.

Die Satzung kann auch bestimmen, daß bis zu 70 v. H. der Kosten der Arzneien und kleineren Heilmittel erstattet werden, sowie Hilfsmittel, Stärkungs- und andere kleine Heilmittel oder einen Zuschuß hierfür zubilligen. Die Satzung kann ferner Krankenhauspflege oder an ihrer Stelle einen Zuschuß hierfür zubilligen. Sie kann den Versicherten eine Beteiligung an den Wegegebühren auferlegen.

Ausdrücklich wird noch bestimmt, daß jeder Anspruch nur einmal und nur bei einer Kasse — selbst wenn mehrere in Frage kommen — geltend gemacht werden kann.

Das Sterbegeld für Angehörige kann durch die Satzung eingeführt werden und darf für den Ehegatten bis auf zwei Drittel, für sonstige Angehörige bis auf die Hälfte des Mitgliedersterbegeldes bemessen sein und ist um den Betrag des Sterbegeldes zu kürzen, auf das der Verstorbene selbst gesetzlich versichert war.

Damit ist, abgesehen von einigen mehr redaktionellen Änderungen, der ganze Katalog der Leistungsbeschränkungen aufgezählt. Eine Erweiterung des Pflichtversichertenkreises hat nicht stattgefunden. Dagegen ist bestimmt worden, daß die Versicherungsberechtigung in allen Fällen erlischt, wenn das regelmäßige jährliche Gesamteinkommen 8400 M beträgt und daß bei Ueberbreitung der Versicherungspflichtgrenze das Ausscheiden aus der Versicherungspflicht sofort, also nicht mehr erst nach einer Uebergangsfrist von drei Monaten stattfindet.

Preis- und Lohnbildung im Zeichen der Wirtschaftskrise

Trotz des Wahlkampfes, der die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit außerordentlich stark beansprucht, nimmt die öffentliche Aussprache über das Problem Wirtschaftskrise, Preis senkung und Lohnhöhe den breitesten Raum ein. Dreht sich doch auch letzten Endes der Wahlkampf um diese großen wirtschaftlichen Fragen. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen Industrieländern versucht man, der übergroßen Schwierigkeiten Herr zu werden, die sich aus der Wirtschaftskrise ergeben. Die Menschheit kann es nicht verstehen, daß, wenn der Produktionsapparat der Welt an landwirtschaftlichen und industriellen Grundgütern dermaßen gesteigert ist, daß er bei gleichem Ansatze menschlicher Arbeitskräfte mindestens 20 v. H. mehr Güter als vor einigen Jahren erzeugt, auf der anderen Seite die Not der breiten Masse des Volkes größer werden soll. Solange dieses Mißverhältnis in solch erschreckendem Maße zum Ausdruck kommt, solange wird man sich mit den Grundproblemen der Wirtschaft, Produktionsergebnis und Lebensstandard, beschäftigen müssen. Die Propagandastelle der Reichsregierung, die „Reichszentrale für Heimat-

winkte er kurz ab: „Weiß schon! Wenn die Person wiederkommt, bin ich für sie nicht zu Hause.“

Damit war Lores Schicksal besiegelt. Aber sie wartete und wartete — sie mußte ihn ja sprechen, die Zeit drängte und jeder Tag trieb zu erhöhter Eile.

Rudolf Wallner spürte neuerdings einen Latendrang in sich, der ins Ungemessene ging und stark im Gegensatz zu seiner Nachlässigkeit stand, mit der er ehemals sein Gut bewirtschaftet hatte. In seine Stadtwohnung kam er jetzt nur sehr selten. Nach dem Besuch Lores war ihm der Boden dort zu heiß geworden. So zog er vor, die Stadt zu meiden, und um die dummen Gedanken los zu werden, tat er, was schon viele in gleicher Absicht getan — er arbeitete. Er war draußen in Wehrstedt früh der erste und abends der letzte — in allen Ecken und Winkeln kroch und spürte er herum und schalt über die Lotterwirtschaft, die während seiner Abwesenheit üppige Blüten getrieben und sich nur wenig geändert hatte, nachdem er zurückgekehrt war.

Mit fieberhaftem Eifer nahm er seine Pflichten ernst und empfand wirklich etwas Befriedigung dabei. Daß man über den Allzueifrigen hinter seinem Rücken spottete, hörte er nicht.

„Was der wohl von der Arbeit versteht!“

„Oh, fluchen tut er wie ein Unteroffizier.“

„Das machts noch lange nicht!“

Das waren die liebevollen Ergüsse; die Flüche, die als ein Echo der feinen hinter ihm erklangen, waren nicht wiederzugeben. Aber das beruhte auf Gegenseitigkeit. —

Seit urdenklichen Zeiten holten die Leute des Dorfes aus den nahen Waldungen im Herbst das Fallholz, das der Sturm mit

„Dienst“, hat es sich angelegen sein lassen, ein Sonderheft des „Heimatdienst“ unter dem Titel „Preis- und Lohnbildung im Zeichen der Wirtschaftskrise“ herauszugeben. Der derzeitige Reichskanzler Dr. Brüning liefert dazu den einleitenden Artikel. Ueber den Zusammenbruch des Preisniveaus auf den Weltmärkten äußert sich Professor Dr. Wagemann, der Reichsbankpräsident Dr. Luther schreibt über „Kredit und Zins im Zeichen der Krise“, Dr. Tschierschky verbreitet sich über die Kartellpreispolitik und ihre Wirkungen. Des weiteren steuern Beiträge bei Professor Julius Sirch, Professor Beckmann, Reichsarbeitsminister Stegerwald usw.; der Zentrumsabgeordnete Professor Dr. Dessauer steuert einen Artikel „Preise und Löhne“ bei, der u. E. sehr eindrucksvoll allgemeine Anschauungen widerlegt, wonach nur durch Lohnsenkungen die schwere Krise überwunden werden könne.

Professor Dr. Dessauer stellt die beiden am weitesten verbreiteten Grundauffassungen über das Problem Löhne und Preise gegenüber. Die eine Auffassung, die namentlich in den Unternehmerkreisen verbreitet ist, geht von dem Gedanken aus, daß man die Löhne senken soll, um so allgemein die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Ferner will man durch Lohnsenkung eine Vermehrung des Investitionskapitals erreichen. Die andere Anschauung geht dahin, die gegenwärtige Lohnhöhe nicht zu verringern und einen Preisabbau zu betreiben. Die Vertreter dieser Richtung, zu denen auch die Gemerkchaften gehören, verweisen auf die Steigerung der Preisspanne zwischen Produzenten- und Konsumentenpreis, auf die große Erleichterung, die die Zinsermäßigung gehabt hat, sie verweisen ferner darauf, daß die angeblichen erdrückenden und sozialen Steuerlasten, die immer wieder zur Begründung der erhöhten Preisspanne angeführt werden, nicht daran gehindert haben, daß ein starker Preisabbau bei verschiedenen Produkten erfolgen konnte. Eine Senkung der Nominallöhne würde eine Schwächung des inneren Marktes herbeiführen und zu noch stärkeren Wirtschaftskrisen führen. Professor Dessauer setzt sich mit diesen Anschauungen folgendermaßen auseinander:

Lohnsenkungen sind eine mechanische, für den oberflächlichen Betrachter sehr naheliegende, sozusagen simple Methode. Auch bei ernstesten Autoren findet man eine Argumentierung wie die folgende: Lohnsenkungen seien bei Depressionen eine ebenso notwendige Voraussetzung für den Aufschwung wie die Senkung der Materialpreise oder der Zinsen. Denn wie bei den Materialien hänge die Höhe der Nachfrage von der Höhe des Preises ab. Senke man also, wie den Preis der Kohle, so den der menschlichen Arbeit, so könne man alle Arbeiter wieder an ihre Arbeitsstellen bringen. Dabei ist einiges übersehen. Wenn ich 10 Tonnen Kohle billiger kaufe, dann habe ich im allgemeinen 10 Tonnen Kohle von der gleichen Beschaffenheit wie wenn ich sie teurer gekauft hätte. Aber wenn ich die Arbeitskraft von 100 Menschen billiger kaufe, ist es dann schon sicher, daß diese verbilligte Arbeitskraft dieselbe ist, qualitativ und quantitativ? Ist nicht die menschliche Arbeitskraft ein sehr viel subtilerer, empfindlicherer Produktionsfaktor als Kohle und Eisen?

Mengen von den alten Bäumen jagte und das dem Walde ein wildes unordentliches Aussehen gab, ihnen aber die besten Dienste leistete. Das taten die Jüngsten, die es von ihren Eltern mußten und diesen war es von ihren Großeltern überkommen und rückwärts die Geschlechter hindurch, so lange der Wald stand.

Unter Rudolfs Regie, gleich nach der Uebernahme Wehrstedts, wurde das Reifiglesen untersagt. Auch die kienigen Tannenzapfen, die so würzig prasseln und eine gute Anfeuerung für das feuchte Heizmaterial abgeben, und das welke Laub, das sich so gut zur Streu für die Ziegen eignete, alles mußte liegen bleiben zur Humusbildung. Unaufhörlich sann Rudolf auf neue Verbote und Entziehungen der alten Gerechtfame und schuf dadurch unter seinen Leuten eine gereizte, verbitterte Stimmung, die um so heftiger gärte, als sie sich nicht Luft machen durfte, denn er war nun einmal der Herr und sie waren von ihm abhängig und es war sein Grund und Boden, über den er die rigorosen Verfügungen erließ.

Aber weshalb vertrat er nicht den humanen Standpunkt seines Vaters, der trotz seiner Güte gegen die weniger Besitzenden reich geworden war? —

Wo Verbote aufgestellt werden, gibts Uebertretungen. Was Rudolf diesen in bescheidensten Verhältnissen lebenden Leuten nicht freiwillig abtrat, holten sie sich. Sie taten es nicht aus Uebermut. Ihr Lohn war so berechnet, daß sie auf Naturalienbezüge nicht verzichten konnten. Unter Rudolfs Herrschaft fielen diese weg — aber der Tagelohn blieb der alte —, so nahmen sie nun heimlich, was sie früher öffentlich getan. Früher war es ihr gutes Recht. Aber jetzt — war es Diebstahl. Denn über dem Ver-

hat es sich nicht erwiesen, nicht einmal, sondern hundertmal, daß die Leistung der menschlichen Arbeit innerhalb gewisser Grenzen und insbesondere in der Nähe von kritischen Punkten sogar rascher wächst und sinkt, als die Bezahlung steigt und fällt. Ganz besonders, wenn die Bezahlung eine gewisse Grenze unterschreitet, so daß Lebenshaltung und damit Gemüts- und Geistesverfassung des Arbeitenden stark berührt werden, bringt die Lohnsenkung nicht eine Verbilligung, sondern eine Verteuerung der Produkte hervor.

Im großen ganzen dürfte dieser Anschauung zugestimmt werden. Die sozialwirtschaftliche Seite zwischen Lohn und Leistung wird meistens zuwenig beachtet. Und doch ist es wichtig, sie einmal herauszustellen. Zuzustimmen ist dem Verfasser auch in folgendem:

Alle Lohnzahlungen bestehen darin, daß der Arbeitende einen Teil des durch seine Arbeit geschaffenen Güterwertes selber erhält. Gelingt es, mit sinkender Aufwendung menschlicher Arbeitskraft ein größeres Volumen volkswirtschaftlicher Güter hervorzubringen und zu verteilen, dann ist im Grunde die Entwicklung in Ordnung, und der Lohn, d. h. der Anteil an dem durch Arbeitseinsatz geschaffenen Gütern, kann mitsteigen oder mit anderen Worten dessen Kaufkraft wachsen. . . . Es ergibt sich aus dem Bild (gemeint ist die Entwicklung in der Nachkriegszeit), daß Produktion und Lohn gestiegen sind, daß aber keineswegs die Entlohnung des menschlichen Arbeitsaufwandes, d. h. der Güteranteil der menschlichen Arbeitskraft, gegenüber der gesteigerten Güterschöpfung sich erhöht hat. Damit ist auch grundsätzlich widerlegt, daß etwa die jetzige große Arbeitslosigkeit ihre Ursache in den gesteigerten Löhnen hätte.

Ein Teil der Ursache liegt darin, daß das Verhältnis zwischen dem Produktions- und Verteilungsapparat sich verschoben hat. Der Verteilungsapparat hat trotz aller Rationalisierung eine kolossale Aufblähung erfahren. Um aus diesem Dilemma einen Ausweg zu finden, wäre es richtiger, zunächst die Nominallohn kommen als gegeben hinzunehmen und sie dadurch kaufkräftiger zu machen, daß die Einzelpreise gesenkt werden.

Dieser letztere allein mögliche Weg muß von einer ihres eigenen Schicksals bewußten Volksgemeinschaft gegangen werden, und zwar so, daß alle Methoden zur Detailpreissenkung (Zinsverbilligung, Rationalisierung des Verteilungsapparates, Vereinfachung der Sitten, Abbau ungerechtfertigter Spannen, wie bei einer großen Zahl der Markenartikel, Reduktion übersehener Gebiete usw.) sofort in die Hand genommen werden und nur in einem gewissen Abstand und mit sehr großer Vorsicht das subtilste und gefährlichste Mittel der Lohnreduktion.

Je energischer die Preissenkung betrieben wird, desto größer ist das Vertrauen, das die Bevölkerung jenen Personen, die dies zuwege brachten, entgegenbringt. Die Arbeiterchaft hat die Lasten der Wirtschaftskrise auf sich genommen. Es scheint fast, daß sie dieselben umsonst tragen soll. Wir wollen sehen, inwiefern den vielen Worten nunmehr Taten folgen. Hier trifft das Sprichwort zu: „Der Worte sind genug gewechselt, jetzt laßt uns endlich Taten sehen“.

bot des einzelnen steht das Gesetz des Ganzen, das Uebertretungen ahndet.

So kam es, daß binnen kurzer Zeit bereits drei Familienväter den Frevel, sich an ihres Herrn Holzabfällen vergriffen zu haben, mit Gefängnishaft büßen mußten. Jede Wiederholung reizte Rudolf aufs heftigste und jede neue Ergreifung eines Unvorsichtigen verbitterte die Leute in gleichem Maße. — Nun handelten sie solidarisch. Einer paßte auf, die andern lasen zusammen. Jetzt begnügten sie sich aber nicht mehr mit dem herabgefallenen dünnen Holze, sondern brachen oder sägten auch die unteren dicken, ihnen erreichbaren Äste mit ab, Hände waren genug da zum Sammeln und Rücken zum Heimchaffen auch. So ging es eine geraume Weile. Ermischt wurden sie nicht und Rudolf triumphierte. Also hat es doch etwas genützt. „Ja, ja, Exempel muß man statuieren, immer scharf und schneidig, das hält das Volk im Zaum,“ erklärte er seinem Inspektor.

Diesem war gerade etwas ins Auge geflogen, wenigstens schien es Rudolf so, denn er drückte und wischte — damit der Herr nicht das verächtliche Zwinkern gewahrte; erst unlängst hatte der Beamte an verschiedenen alten Bäumen frische Wundstellen entdeckt, die die Lostrennung der Äste vom Mutterstamm verursacht hatte.

„Allzu scharf macht schartig,“ dachte er bei sich, „und wenn man die Sehne zu straff spannt, reißt sie.“ Er kannte die Welt und ihre Herren und seinen eigenen ganz besonders. Er wußte, daß dieser mit Gleichmut an einem einzigen Abend einige Tausend Mark am Spieltisch opferte und mit den Leuten um zehn Pfennig Tagelohn markten und feilschen konnte. Lieber jagte er sie zum Teufel. (Fortsetzung folgt.)